

Integrationskonzept der Stadt Regensburg

Zusammenfassung der Bedarfe, die im Beteiligungsprozess ermittelt wurden.

Zwischen April und Juli 2022 fanden fünf Treffen für das IKR im Beteiligungsverfahren statt. Städtische Mitarbeiter:innen aus unterschiedlichen Fachbereichen erörterten mit Akteuren der Integrationsarbeit sowie Interessierten der Zivilgesellschaft die Frage, wo die größten Herausforderungen der Integrationsarbeit in unserer Stadt liegen. Rund 100 Regensburger:innen beteiligten sich an der Diskussion in den fünf Arbeitsgemeinschaften **Bildung, Arbeit, Partizipation, Soziales-Gesundheit-Wohnen** sowie **Interkulturelle Öffnung**. Um Themenschwerpunkte sowie bestimmte Gruppen gezielt in den Blick nehmen zu können, wurden in den AGs wiederum Kleingruppen gebildet. Die Ergebnisse der bisherigen Diskussion und Bedarfsanalyse sind nachstehend zusammengefasst.

Arbeitsgemeinschaft „Arbeit“

Kleingruppe „Bedarfe für Personen mit ausländischen Berufs- Studienabschlüssen und/oder anwendbarer Berufserfahrung“

Serviceleistungen der Verwaltungen vom Menschen beginnend denken – Verwaltung stimmt ihre Dienststellen aufeinander ab. Die Verwaltung baut konsequent eine personenbezogene Beratung auf.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse stärken – Verwaltung baut Ihr Informationsangebot bspw. zu Anerkennungsverfahren aus. Sie kooperiert mit den relevanten internen Dienststellen und externen Beratungsstellen.

Veränderungen in der Ausländerbehörde vornehmen – Die Ausländerbehörde sollte befähigt werden, Fälle/Antworten kurzfristig zu bearbeiten. Sie sollte ihre Öffnungszeiten/Erreichbarkeiten nach innen und außen transparent kommunizieren.

Mehrsprachig und einfach kommunizieren – Die Verwaltung nutzt zukünftig einfache – bestenfalls barrierefreie – Sprache und bedarfsorientiert nach Maßgabe der Bevölkerungsgruppen mehrere Sprachen für ihre Kommunikation (Formulare, Broschüren, Internet etc.).

Informationsangebot für Arbeitnehmende und -gebende verbessern – Die Verwaltung bündelt wesentliche Informationen für Arbeitnehmende und stellt diese einfach zugänglich

zur Verfügung. Sie versteht sich als erste Anlaufstelle für Arbeitnehmende, berät diese direkt oder verweist sie an externe Experten.

Sprachkurse vermehrt und zielgruppenorientiert bewerben – Die Verwaltung soll verstärkt auf die Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache auch unabhängig vom verpflichtenden Sprachkurs bei der Ausländerbehörde verweisen. Die Verwaltung bündelt und differenziert die Angebote an Sprachkursen, z.B. für Pflegekräfte Fachsprachenprüfung, für Ausbildungen, etc.

Reichweite der "Integreat App" erhöhen – Die App Integreat sollte stärker in der Öffentlichkeit für die Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund und deren Umfeld beworben werden. Die zuständige Dienststelle sollte den Inhalt der App Integreat kontinuierlich aktualisieren und bei arbeitssuchenden Menschen mit Migrationshintergrund den Inhalt "Arbeiten in Regensburg" hervorheben.

Anreize für Bleibeperspektive in Regensburg schaffen – Die Verwaltung soll dafür sorgen, dass bei den relevanten Dienststellen dafür geworben wird, dass potenzielle Fachkräfte in Regensburg bleiben.

Kleingruppe „Bedarfe für Azubis & ggf. Personen ohne bzw. mit eingeschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt“

Alternativen zum motorisierten Individualverkehr stärken – Für Stärkung des ÖPNV mit Landkreis kooperieren. Die Verwaltung pusht den Ausbau des ÖPNV in Stadt und Landkreis und kooperiert dafür mit dem Landkreis (dichtere Taktung der Routen, Fahrten in Randzeiten optimieren, neue Routen schaffen, Fahrpreise attraktiver gestalten). Nachhaltige Mobilitätsmuster fördern (z.B. Car-Sharing).

Ausländerbehörden entscheiden sich, so weit wie möglich, für den Menschen – Die Ausländerbehörde schöpft Ihren Ermessensspielraum wohlwollend und maximal aus, damit verhindert werden kann, dass noch nicht ausbildungsfähige (z.B. Deutsch noch unter B2-Niveau, labile, kranke) Personen in Ausbildungen 'gezwungen' werden, nur um einen legalen Aufenthaltstitel zu erhalten.

Ausbildungsplätze in Mangelberufen schaffen und flexibler gestalten – Die Verwaltung fördert die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen z.B. im Bereich Kinderpflege, entweder mit dem Ausbau des bestehenden Angebots am BSZ oder mit der Förderung von neuen Angeboten bei anderen Trägern. Es sollten Teilzeitausbildungen vermehrt angeboten werden.

Angebote für Sprachkurse bis zur Ausbildungsreife ausbauen – Die Verwaltung startet eine Sprachkursoffensive für Personen, die keinen Zugang zu einem vom BAMF geförderten Sprachkurs haben, mit dem Ziel, die Ausbildungsreife zu erreichen. Sie setzt sich hierbei mit Trägern von Sprachkursen in Verbindung, um ein entsprechendes Angebot aufzusetzen.

Ausbildungsbegleitende Hilfe aufwerten – Nachhilfegruppe beim Träger, die auf Grund der geringen zur Verfügung stehenden Mittel in enormer Größe gebildet werden muss. Kleinere Gruppen bilden, um individueller begleiten zu können.

Berufsorientierung ausbauen – Für die niederschwellige Berufsberatung gibt es derzeit nur die Arbeitsmarkt-Integration-Beratung des Campus Asyl. Erforderlich sind hier weitere Angebote der Berufsorientierung für Erwachsene (z.B. bei der Diakonie) um den Bedarf zu decken.

Kleingruppe „Bedarfe für Personen ohne anwendbare Berufserfahrung“

Städtische Beschäftigungsverhältnisse anbieten – Teils fehlende Eignung zu beruflicher Qualifikation (z. B. Sprachkenntnisse, berufl. Vorbildung). Helferstellen können für den Berufs(wieder)einstieg hilfreich sein.

Einflussmöglichkeiten der Stadt ermitteln – Die Verwaltung prüft, ob Modell bzw. "Projekte" langfristig/nachhaltig angelegt sind und eine mehrjährige Perspektive schaffen durch städtische Haushaltsmittel bezuschusst werden können.

Mangelberufe und noch nicht Qualifizierte zusammenbringen – Bedarfe (auch) der möglichen Bewerber beachten (Sprache, etc.) z.B. freistellen für "Unterricht". Städtische Tochterunternehmen leisten ihren Beitrag durch das Bereitstellen von Helferstellen mit Möglichkeiten zu ergänzender (Teil-)Qualifizierung.

Nachqualifizierung ausbauen und individuell gestalten – Berufserfahrungen teils vorhanden, aber häufig keine passenden Qualifikationen: Menschen haben häufig viele Maßnahmen durchlaufen, die nicht zwangsläufig in langfristige Erwerbstätigkeit führen.

Anreize für langfristige fachliche Qualifikation schaffen – finanzielle Unabhängigkeit oft wichtiger als längerfristige Qualifikation. Finanzieller Anreiz für (aufbauende?) Qualifikation; Lebensunterhalt durch ausreichendes Gehalt sichern.

Motivation in Krisensituationen erhalten – Stagnation und Frustration (durch Corona verstärkt). Rechtzeitig über mögliche Beratungsangebote informieren. Regelmäßiger Kontakt auf allen Kanälen; Zugang für alle (jedes Alter, jede Lage).

Förderstruktur und Finanzierung der Maßnahmen entkoppeln – Finanzielle Förderung von Angeboten unabhängig von Maßnahmenfinanzierung wünschenswert. Verantwortung liegt hauptsächlich beim Gesetzgeber: Stadtpolitik unternimmt Lobbyarbeit (Städtetag).

Arbeitsgemeinschaft „Bildung“

Kleingruppe „Bedarfe für Sprache“

Leichte Sprache verwenden – Die Stadtverwaltung sollte ihre Mitarbeiter:innen sensibilisieren, dass leichte Sprache (auch Mehrsprachigkeit) und langsames Sprechen eine hohe Wirksamkeit entfalten. Die Stadtverwaltung sollte eine bessere Vernetzung verschiedener Akteure, z.B. des Büros für leichte Sprache mit allen aktiven Behörden, ermöglichen.

Zugang zu Sprache ermöglichen – Erfolgreiches Bestehen des Integrationskurses schwierig (wenn Start Alphabetisierung). Anbindung von Sprachkursen an Betreuungseinrichtungen (z.B. Müttersprachkurse im Kindergarten. Kommune sollte Angebotslücken füllen und finanzieren: Insbesondere Regelfinanzierung statt Projektfinanzierung.

Unterstützungsangebote ausbauen – Zusätzliche Unterstützungsangebote zu Integrationskursen schaffen: Es fehlen zusätzliche Kurse, Personal (z.B. Kinderbetreuung), Räumlichkeiten (sollten städt. zur Verfügung gestellt werden), städt. Finanzierung statt Finanzierung über Förderprogramme (häufig sehr komplex).

Kleingruppe „Bedarfe für die frühkindliche Erziehung und Schule“

Nachteile ausgleichen – Die Stadtverwaltung sollte die Selektionslogik durch städtische Unterstützungsangebote integrativ ausgleichen. Sie sollte verstärkt auf den Selbstwert stärkende Maßnahmen, die unabhängig von der Schulleistung der Kinder wirken, setzen.

Eltern als Verbündete aktivieren – Eltern ins Boot holen und Elternkompetenz in Bezug auf die Angelegenheiten der Kinder im Kindergarten und Schule stärken.

Schule evaluieren – Erwerb der deutschen Sprache im Gymnasialbereich innerhalb von sechs Monaten nicht möglich (zusätzliche Sprachförderung seitens der Kommune für Schüler*innen die nicht die In-Gymvoraussetzungen erfüllen).

Kontakt mit Eltern aufrechterhalten – Niedrigschwelligkeit in der frühkindlichen Bildung/Kitabereich: Die intensive Kommunikation zwischen Elternhaus und Kita-Einrichtungen sollte nach dem Schuleintritt der Kinder fortbestehen.

Hindernisse ausräumen – Personalmangel nachhaltig beseitigen und Projekte, die sich bewährt haben, entfristen.

Diverse Zielgruppe ansprechen – Heterogenität der Schülerschaft und der Elternschaft: Heterogenität im Hinblick auf den Entwicklungsstand der Sprache, die Entwicklung allgemein und den Bildungshintergrund.

Kleingruppe „Bedarfe für die berufliche Bildung“

Sozialkompetenz fördern – Sozialkompetenz und gesellschaftliche Aspekte können durch heterogene Klassenzusammensetzung gestärkt werden.

Vielfalt & Interkulturalität nutzen – Interkulturelle Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven (Berufsschule: Vorurteile abbauen, Anti-Diskriminierungs- / Anti-Rassismus-Schulungen). Vielfalt als Chance für die Betriebe nicht nur hinsichtlich des Fachkräftemangels (Kammern und Innungen mit ins Boot holen - ggf. Flyer, Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit, Berufsberatung der Agentur für Arbeit).

Kleingruppe „Bedarfe für die außerschulische Bildung“

Zusammenarbeit in Netzwerken ausbauen – Eine bessere Vernetzung von Angeboten und Stellen. Bspw. Nutzung des Büros Leichte Sprache.

Kritische Themen nicht umschiffen – Auseinandersetzung mit wichtigen, kritischen Themen, die in anderen Bildungsbereichen nicht unbedingt Raum finden.

Rahmenbedingungen schaffen – Unabhängigkeit, freieres Arbeiten und Flexibilität. Nutzung der Räumlichkeiten der Stadt Regensburg: Kostenfaktor, Technik/ Techniker/ Veranstaltungsbegleitung etc. kosten extra, d.h. nicht niederschwellig und kostengünstig.

Finanzierung nach Bedarf organisieren – Integrative Bildungsunterstützung. Dolmetscherleistungen/ Gebärdendolmetscher bspw. bei Veranstaltungen. Langfristige Finanzierung, nicht projektbezogen.

Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung“

Kleingruppe „Bedarfe Verwaltungsorganisation“

Interkulturelle Orientierung strukturell verankern – Sie soll von der Stadtspitze als Führungsaufgabe in allen Dienststellen formuliert werden. Die Stadt soll übergreifende Steuerung des Öffnungsprozesses etablieren und ihre Verwaltungsorganisation regelmäßig an Realität anpassen.

Gesamte Stadtverwaltung mitnehmen – Die Stadt muss bei der Öffnung die große Heterogenität der Verwaltung im Blick haben. Sie muss insbesondere auch die Regeldienste interkulturell öffnen und ausstatten.

Kleingruppe „Bedarfe Personal“

Personalakquise neu ausrichten – Ziel der Personalgewinnung muss es sein, die gesellschaftl. Diversität in der Belegschaft widerzuspiegeln. Städt. Personalakquise sollte Menschen mit Migrationsbiografie als potenziellen Zugewinn betrachten (Internationalität, Mehrsprachigkeit, Erfahrungen...). Die Stadt muss (strukturelle) Zugangsbarrieren in Akquise und Auswahl identifizieren und entfernen.

Personalentwicklung systematisch angehen – Eine stellenbezogene Bedarfsanalyse (wie divers ist die Verwaltung an welcher Stelle?). Das städtische Fortbildungsangebot in diesem Bereich soll angepasst und ausgeweitet werden. Die Stadt soll in ihrer Personalentwicklung Intersektionalität und versch. Dimensionen der Diversität beachten.

Deutsch-Sprachkurse innerhalb der Arbeitszeit ermöglichen – Deutsch-Sprach-Nachweise nicht bzw. so selten wie möglich einfordern. Grundsätzlich Anforderungen arbeitsplatzspezifisch formulieren.

Saubere Einarbeitung vornehmen – Mitarbeitende Zeit für Einarbeitung (bspw. Orte kennen lernen, Maschinen bedienen) geben. Wiederholende Prozesse/ Nachschlagewerke/ Leitfaden in leichter Sprache verschriftlichen. Regelmäßige Aktualisierung der Beschreibung der Arbeitsprozesse/Leitfäden (Aktualisierung in den Arbeitsprozess mit aufnehmen).

Abbau von strukturellen Diskriminierungen – Fortlaufende Sensibilisierung zur strukturellen Diskriminierung und bezüglich Defiziten im Bereich Intersektionalität.

Kleingruppe „Bedarfe Kommunikation“

Digitale Kommunikation schwellenarm aufstellen – Die städt. Öffentlichkeitsarbeit sollte den Online-Auftritt mehrsprachig gestalten, auch digitale Angebote dementsprechend anpassen (Aspekt des Internationalen). Insbesondere Themen zu Integration sollten in den jeweils relevanten Sprachen zur Verfügung stehen.

Kommunikation nach außen vereinfachen – Die Stadtverwaltung sollte sich als Spiegel der Gesellschaft darstellen. Öffentlichkeitsarbeit muss das Ziel haben, Verwaltungshandeln und -organisation transparent u. verständlich zu machen. Mehr Austauschplattformen zwischen Verwaltung und Bürger:innen online sowie auch in Präsenz.

Ansprache von Menschen mit Migrationsbiographie verbessern – Überlegungen Stellenausschreibungen offener zu gestalten analog auch für andere Ausschreibungen, Veranstaltungen (z.B. Bürgerversammlungen). Kanäle wählen, auf denen man Menschen mit Migrationshintergrund in Regensburg am besten erreicht (z.B. Informationen über Ausländeramt streuen).

Informationstechnik nutzen – Vorhandene Tools pragmatisch nutzen (z.B. Google Translate). Digitale Formulare, die auch digital auszufüllen sind (hier auch Übersetzungstools anwendbar). Analyse von Texten auf "schwierige" Wörter und Formulierungen.

Das zur Verfügung stehende Angebot vereinfachen – Je einfacher die Sprache, desto einfacher zu übersetzen. Einfach, nicht kindlich.

(Positive) Diskriminierungen abbauen – Nachteilsausgleich ja, Übervorteilung nein. Maßnahmen zielgerichtet und klar begründet.

Arbeitsgemeinschaft „Partizipation“

Kleingruppe „Bedarfe Politik“

Sprache vereinfachen – Die Stadtverwaltung sollte Sprachbarrieren abbauen und Dolmetscherstrukturen stärken/ ausbauen.

Interesse an Staat und Verfassung fördern – Sowohl für Migrant:innen und Einheimische soll Notwendigkeit einer neuen politischen Gemeinschaft klar werden. Wie funktioniert die kommunale Verwaltung/ Welche Anlaufstellen gibt es: Grundinformationen (z.B. in Form einer Broschüre) für neu Zugewanderte / Geflüchtete zur Verfügung stellen.

Verwaltung sensibilisieren – Die Stadtverwaltung sollte ihren Migrationsbegriff diversifizieren. Interkulturelle Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung stärken.

Einbürgerung unterstützen, bewerben und stärken – Die Stadtverwaltung sollte die Einbürgerungsberatung gezielt intensivieren und unterstützende Kurse für die Einbürgerungsprüfung anbieten oder im Netzwerk anbieten lassen. Politische Bildung sollte in Einbürgerungskursen aufgenommen werden.

Regensburg wird „Migrationsfreundliche Kommune“ – Diverse und offene Stadtgesellschaft als definierter Standortfaktor: Stadt bleibt so attraktiv für nachhaltigen Zuzug (Ausbildung, Hochschulen, Infrastruktur) und hat im Wettbewerb mit anderen Kommunen einen messbaren Vorteil. Grundlage soll ein Stadtratsbeschluss auf Basis des Integrationskonzepts sein (wie bei dem Siegel Kinderfreundliche Kommune).

Kleingruppe „Bedarfe Asyl / Integration“

Menschen in Asylverfahren fördern – Die Stadtverwaltung sollte gemeinsam mit ihrem Netzwerk Menschen in Asylverfahren frühzeitig fördern (Praktika, Jobvermittlung).

Integration von Kindern in Schulen durch kulturelle Vielfalt stärken – Die Stadtverwaltung sollte im Rahmen ihrer Kompetenzen beachten, dass es in den Schulen eine gute Mischung aus deutschsprachigen und nicht-deutschsprachigen Kindern braucht.

Jobcenter integrativ ausrichten – Das Jobcenter sollte niedrigschwellig kommunizieren und die Informationen auf das Wesentliche beschränken. Es sollte sich bei der Kommunikation der Sprachbarriere bewusst sein und seine Mitarbeiter:innen für die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte / Fluchthintergrund schulen.

Sprachlichen Zugang zur Ausländerbehörde gewährleisten – Die Ausländerbehörde sollte ihre Informationen in verschiedenen Sprachen anbieten und Dolmetscher vor Ort vorhalten.

Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen – Personen, die gerne arbeiten wollen, haben Schwierigkeiten Zugang zu Jobs zu finden. Informationslücken für Arbeitssuchende Menschen schließen und Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens. Anonymisierte Bewerbungsverfahren bei der Stadt.

Ankommensprozess neu ausrichten – Zentrale Informationspunkte einrichten, Asylverfahren kürzen und kein "in der Luft hängen lassen" von Menschen. Stigma "Flüchtling" loswerden sowie Betreuung und Unterstützung auf Augenhöhe.

Ankommen im Netzwerk denken – Privatpersonen erreichen, die bereit wären eine Patenschaft zu übernehmen. Vereine leisten großen Beitrag. Bestehende Strukturen von Stadt, Vereinen, Firmen ausbauen (z.B. Caritas) um Patenschaften zu ermöglichen.

Kleingruppe „Bedarfe Sport“

Stadtteilübergreifende Chancengleichheit schaffen – Die Stadtverwaltung sollte alle Stadtteile gleichwertig einbeziehen. Sie sollte den Zugang zu Sportanlagen grundsätzlich gewährleisten.

Perspektivwechsel im Verwaltungsalltag vornehmen – Die Stadtverwaltung sollte alle Beteiligten berücksichtigen und sensibilisiert sein, nicht nur "westliche" Sichtweise einzubeziehen.

Ehrenamt strategisch einbinden – Die Stadtverwaltung sollte einen regelmäßigen Austausch mit Vereinsverantwortlichen anstreben. Sie sollte sich ehrenamtliches Engagement zu Nutze machen.

Diversität des sportlichen Angebots fördern – Nicht nur auf Fußball beschränken. Neuen Sportarten eine Chance geben (Beispiel Cricket). Zudem Abbau von Barrieren: Beispiel Reha- und Behindertensport. Vom niederschweligen Angebot hin zum organisierten Sport.

Kleingruppe „Bedarfe Soziales, ehrenamtliches Engagement / Vereine“

Mehr qualifiziertes Personal beschäftigen – Die Stadtverwaltung sollte gezielt mehr (interkulturelles) Personal für den Ausbau der Angebote mit Fokus auf integrativen Aspekt einstellen.

Ehrenamtlichen zu einem regelmäßigen Austausch mit der Stadtverwaltung einladen – Die Stadtverwaltung sollte den Kontakt zu Ehrenamtlichen in Netzwerken ausbauen sowie eine einheitliche und bekanntgemachte Anlaufstelle für Ehrenamtliche vorhalten, wo man seine Ideen und Probleme einbringen kann.

Teilhabe- und Engagement-Möglichkeiten fördern – Besonderer Fokus sollte auf den Frauen liegen: Hierbei ist es wichtig, auf die Familienstrukturen zu achten, die eine Teilhabe oft nicht problemlos zulassen.

Räume zur Verfügung stellen – Es braucht Räumlichkeiten für niederschwelliges Engagement: Gewünscht werden Räumlichkeiten in denen man sich kostengünstig, niederschwellig und flexibel einbuchen kann (Infos zu Räumen auf mehreren Sprachen verfügbar).

Arbeitsgemeinschaft „Soziales Gesundheit & Wohnen“

Kleingruppe „Bedarfe Soziales“

Lebendige Quartiere entwickeln – Frühzeitige Beteiligung von ortsansässigen sozialen Initiativen, Multiplikator / -innen, Institutionen, Vereinen, Bürger (ab Aufstellungsbeschluss).

Auftrag an die Stadtverwaltung: Schaffung geeigneter Strukturen und Prozesse, um die frühzeitige Beteiligung zu garantieren bzw. zu verbessern: Schaffung von Begegnungsorten und Gelegenheiten.

Versorgungslücke für Geflüchtete schließen – Fachwissen der Initiativen und Vereine einbinden – es fehlt an Struktur und finanziellen Mitteln zur Teilhabe. Kostenlose Möglichkeiten für und Einladung zu allen städtischen Veranstaltungen / Schwimmbad usw.

Konsumfreie Räume zum Wohlfühlen (öffentliche Plätze/Parks etc.) anbieten – Für Kinder, Jugendliche und Senioren: Für alle Gruppen attraktiv und für alle Kulturen geöffnet. Die Räume so gestalten, dass die unterschiedlichen Gruppen sich zwar berühren, aber bei Wunsch auch unter sich bleiben, bzw. den eigenen Interessen nachgehen können.

Kulturspezifisches und/oder mehrsprachiges Infomaterial zur Verfügung stellen – Info über Angebote, wie Jugendzentren, Vereine, Verbände, öffentliche Flächen und deren Nutzung. Schaffung von Quartierslotsen.

Betreuungsmöglichkeiten schaffen – Oft Kigabesuch erst im letzten Vorschuljahr: Schaffung ausreichender Anzahl von Betreuungsplätzen und Ausbildung von Erziehern/Sozialpädagogen fördern.

Willkommenskultur schaffen – Gemeinsame Kochabende / Gemeinschaftsabende oder Musik und Tanz.

Niedrigschwellige Räume anbieten – Neue Familienzentren sind mit Belegung schnell ausgebucht. Bestehende Räumlichkeiten sind voll ausgelastet. Auch wenn es neue Angebotsmöglichkeiten geben würde (durch Ehrenamt oder Vereine/Verbände) haben diese keinen Platz um statt zu finden.

Integrationsbeirat als Anlaufstelle für Geflüchtete positionieren – Einbindung des Integrationsbeirats (Wie MiMi; Behördenlotse; Vermittlung von Freizeitangeboten).

Aufgaben der Verwaltung überprüfen und integrativ ausrichten – Schnelleres Arbeiten der Ausländerbehörde. Amtshilfe beim Ausfüllen per Gesetz vorgeschrieben. Alle Verwaltungskräfte sollen so arbeiten, dass jedem bei der Antragstellung geholfen wird (Auskunfts- und Beratungspflicht).

Kleingruppe „Bedarfe Gesundheit“

Traumazentrum einrichten – Die Stadt beteiligt sich am Aufbau eines psychologischen Zentrums für traumatisierte Geflüchtete in Regensburg. Damit schließt sie eine der großen Versorgungslücken im Bereich psychische Erkrankungen. Aufgabe der Stadt wäre Aufbau (Flächen zur Verfügung stellen) und Finanzierung.

Präventionsarbeit stärken – Präventionsarbeit wird unterschätzt: langwierige Erkrankungen/ Therapien sind die Folge. Frühe Reaktion, Anlaufstellen und frühe Hilfe kann in akuten Situationen helfen und somit schwerwiegende Erkrankungen verhindern/ abdämpfen.

Versorgungslücke schließen – Mangel an Kinderärzt:innen, speziell für Menschen mit <Migrationsgeschichte. Zugangsvoraussetzungen für Ärzt:innen, Pfleger:innen, Psycholog:innen, usw. überprüfen: Einfluss der Stadt auf Zugangsvoraussetzungen prüfen.

Kultursensible Selbsthilfe anbieten – Zugang zu kultursensibler Selbsthilfe: Bedarf ist gegeben, Geflüchtete haben kulturbedingte Problemstellungen (ggf. über die App Integreat).

Psychotherapeutische Unterstützung im Sozialamt ermöglichen – In der Praxis ist die Antragstellung häufig mit Schwierigkeiten verbunden: Langwierige Prozesse von Einzelfall zu Einzelfall.

Kleingruppe „Bedarfe Wohnen“

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Geringverdiener schaffen – Private und Vermieter Wohnungsbaugesellschaften ins Boot holen. Bei Stadtbau wird über Scoring-Werte entschieden, klären, ob andere Wohnungsbaugesellschaften ein ähnliches Verfahren besitzen.

Privaten Mietraum für Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete öffnen – Knapper bezahlbarer Wohnraum führt zu Konkurrenz am Wohnungsmarkt, (private) Vermieter:innen können sich Mieter:innen aussuchen. Bereitschaft privater Vermieter:innen fördern, auch Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund als Mieter:innen in Betracht zu ziehen.

Voraussetzungen für Wohnberechtigungsscheine verändern – Auf politischer Ebene weiterverfolgen und an die entsprechenden Stellen herantragen.

Soziale Durchmischung durch Mietpreisstruktur sicherstellen – Mangelnde soziale Durchmischung in den Wohngebieten aufgrund der Mietpreisstruktur vor Ort. Soziale Durchmischung auch durch andere Instrumente, wie von Anfang an die ansässigen Vereine oder Bürger:innen miteinzubeziehen: Begegnungen schaffen.